Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.90 Rm. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgeblets 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Bestellgeld. Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. — Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 22 mm breit) 4 Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Mehrere Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Aufklärungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsfalldruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 97 — Donnerstag den 26. April 1934 nachmittags — 93. Jahrgang

Keine Front gegen Deutschland

Suvichs Besprechungen in London beendet

Erklärungen an die Presse

London, 25. 4. **Suvich** beendete am Mittwoch abend seine Londoner Besprechungen. Er hatte nach der englischen Kabinettssitzung am Mittwoch nachmittag eine weitere Unterredung mit Außenminister **Simon** im Unterhaus. Bei der ziemlich langen Aussprache waren auch der italienische Botschafter **Grandi** und der ständige Unterstaatssekretär für Aeußeres, **Vansittart**, anwesend. Suvich fliegt am Donnerstag morgen nach Brüssel. Am Donnerstag abend wird er in Rom eintreffen, um der Eröffnung der neuen italienischen Kammer beizuwohnen.

Mittwoch abend gab Suvich der englischen und ausländischen Presse eine Erklärung. Hierbei sagte er u. a.: „Unsere Besprechungen verliefen in dem traditionellen Geist der Freundschaft, der zwischen Italien und England besteht und der einer der Grundpfeiler in der europäischen Politik und eine Hauptstütze des Friedens ist. Wie bekannt, weilte ich nicht in einem Sonderauftrag in London. Auch war es nicht meine Aufgabe, Verhandlungen einzuleiten oder Vorschläge zu unterbreiten. Da jedoch mein Besuch, obgleich er schon vor einigen Monaten eingeleitet wurde, zufällig auf einen besonders wichtigen Augenblick in der europäischen Politik fiel, hatte ich Gelegenheit zu einem ersten freundlichen Meinungsaustausch in der englischen Regierung, besonders in der Abrüstungsfrage. Während dieser Besprechungen konnten wir den Eindruck der Harmonie der Ansichten feststellen, die zwischen England und Italien in der Abrüstungsfrage besteht, besonders über die Notwendigkeit, eine Vereinbarung zwischen allen interessierten Mächten zu erreichen. Die bloße Tatsache, zu einer Vereinbarung durch ein Abkommen zu gelangen, selbst wenn dieses nicht allen bei der Eröffnung der Abrüstungskonferenz gehegten Erwartungen entsprechen sollte, wäre von solcher Wichtigkeit, daß sie als ein endgültiger Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens und des guten Willens zwischen den Nationen betrachtet werden müsse."

Suvich sagte dann noch weiter, es sei zu früh, eine Erklärung über die italienische Politik auf der Vollversammlung in Genf am 29. Mai abzugeben. Man stehe vorläufig noch unter dem Eindruck der letzten französischen Note und müsse die durch sie geschaffene Lage genau prüfen. Italien sei aber immer noch der Ansicht, daß das italienische Abrüstungsmemorandum der einzige gangbare Weg zur Lösung der Abrüstungsfrage sei. Suvich ließ in seinen weiteren Ausführungen durchblicken, daß er nicht die Pariser Auffassung teile, wonach die Abrüstungsverhandlungen nur noch auf der Genfer Plattform fortgesetzt werden könnten. Er deutete an, daß auch jetzt noch die Möglichkeit eines diplomatischen Meinungsaustausches bestehe.

Auf eine Frage des Vertreters des Deutschen Nachrichtenbüros erklärte Suvich, daß er während seiner Londoner Besprechungen die Ansicht Mussolinis zum Ausdruck gebracht habe, die dahin gehe, daß bei den Bemühungen zur Erreichung einer Abrüstungsvereinbarung keine gegen Deutschland gerichtete Front gebildet werden dürfe. Dies sei einer der klar abgezeichneten Punkte der italienischen Politik, der von Mussolini bereits des öfteren zum Ausdruck gebracht wurde. Suvich gab zu, daß auch die Donaufrage in London berührt worden sei. Die Frage des Donauvertrages entwickele sich ohnehin gut. Es sei bekannt, daß Italien auch den Beitritt anderer Staaten zum Donaupakt wünsche. Die Gerüchte, daß er in London über eine mögliche Anleihe an Italien oder Oesterreich verhandelt habe, seien jedoch unzutreffend. Von einer Anleihe an Oesterreich sei im Augenblick keine Rede gewesen.

Französische Stimmen

zu den Besprechungen Suvichs in London.

Paris, 26. 4. (Funkspruch.) Zu den Londoner Besprechungen Suvichs schreibt der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris": Es bestätigt sich, daß die Bemühungen Italiens und Englands darauf abzielen, in Genf sich jedem Manöver zu widersetzen, das der Schaffung eines deutsch-feindlichen Blockes dienen könnte. England und Italien würden erneut in allen Einzelheiten die drei Rüstungsfragen prüfen: Herabsetzung, Beschränkung und Aufrüstung. Vorläufig seien sie sich aber nur über eine negative Politik einig, die darin bestehe, die Prüfung der Garantien zu vertagen. In London und in Rom erkläre man, sich erst dann wieder damit beschäftigen zu wollen, wenn Frankreich sich zu großen Zugeständnissen in obigen drei Punkten bereit erkläre. „Figaro" meint, daß eine englisch-italienische Front nicht zustande gekommen sei, und daß jetzt auch die größten Optimisten an den Abschluß irgend eines Abkommens zu zweifeln beginnen. In England mache sich eine starke Strömung zugunsten der Verstärkung der englischen Verteidigungsmittel bemerkbar. Von Garantien spreche man kaum noch. Italien fürchte einen Rüstungswettlauf, durch den es in den Zustand der Unterlegenheit geraten könne. Deutschland denke ebenso. Mussolini werde sich also bemühen, die Schiedsrichterrolle zu übernehmen, die England aufgegeben zu haben scheine. Auch Hitler scheine, wie die Betrauung von Ribbentrops zeige, die Verhandlungen wieder aufnehmen zu wollen. Bleiben wir fest, schließt das Blatt, das ist immer noch die beste Art und Weise uns Gehör und Achtung zu verschaffen.

Englische Blätter zum Besuch Suvichs

London, 26. 4. (Funkspruch.) Zur Beendigung der englisch-italienischen Besprechungen in London schreibt der „Daily Telegraph": Suvich war nach London gekommen, um der Ueberzeugung Mussolinis Ausdruck zu geben, daß der italienische Plan über Rüstungsbegrenzung den einzigen Ausweg bildet. Er war ursprünglich bereit für eine baldige Wiederaufnahme der diplomatischen Verhandlungen zwischen den vier europäischen Mächten einzutreten, wobei der italienische Plan, oder ein neuer Vorschlag die Grundlagen bilden sollte. Wahrscheinlich hat ihm aber seine Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Doumergue einige Zweifel über die praktische Möglichkeit solcher Verhandlungen vor dem Wiederzusammentritt des Allgemeinen Ausschusses der Abrüstungskonferenz am 29. Mai eingeflößt. Auf jeden Fall hat er festgestellt, daß die britischen Minister in diesem Punkte durchaus skeptisch sind. Die britischen Minister sind vollkommen einverstanden mit Roms Argument, daß keine Anstrengung unterlassen werden sollte, zum einen antideutschen Ausdruck in Genf und den Versuch der Bildung eines antideutschen Blockes zu verhindern.

Der „Daily Herald" führt aus, das einzige endgültige Ergebnis der Unterredungen war, daß dem Unterstaatssekretär Suvich mitgeteilt worden ist, nach Ansicht der Sachverständigen der britischen Regierung sei der Mussolini-Plan praktisch undurchführbar.

Kurzer Tagesspiegel

In Anwesenheit des Führers fand am Mittwoch auf dem Nürnberger Südfriedhof die Beisetzung des verdienten alten Parteigenossen Schneidermeister Heinrichs statt.

Die Ortsgruppe Dehrendorf-Nord der NSDAP veranstaltete am Mittwoch eine Kundgebung, auf der der Reichspropagandaminister eine Rede hielt, in der er zu den internationalen aktuellen politischen Fragen Stellung nahm.

Dr. Ley hielt am Mittwoch vor den Vertretern der Oberschlesischen Arbeitsfront eine Rede über den nationalsozialistischen Führergedanken und die Notwendigkeit der großen deutschen Gemeinschaft aller Schaffenden.

Ministerialrat Dr. Haupt ist zum Inspektor der Landesverwaltung der nationalpolitischen Erziehungsanstalten Preußens ernannt worden. Die kommissarische Leitung der Hochschulabteilung des preußischen Kultusministeriums ist Professor Dr. Vahlen übertragen worden.

Im Schachwettkampf hat bei der 9. Partie am Mittwoch Bogoljubow beim 47. Zuge aufgegeben.

Wie das Presseamt der obersten SA-Führung mitteilt, dürfen Mitglieder des ehemaligen Stahlhelmbundes, die bereits in die SAR I übernommen sind, eigenmächtig aus der SAR I nicht ausscheiden, nur um sich anderen Vereinigungen anzuschließen.

Der amerikanische Sonderbeauftragte Child ist am Mittwoch von Paris nach Berlin gereist.

Gegen den früheren lettländischen Finanzminister Annus wurde vom Staatsanwalt eine Untersuchung wegen Schädigung des Staates eingeleitet. Annus wird beschuldigt, russischen Zucker für die staatliche Zucker-Monopolverwaltung unvorteilhaft eingekauft zu haben.

Roosevelt hat mit Staatssekretär Hull die chinesisch-japanische Frage besprochen.

In dem Dorfe Moszczanica in der Woiwodschaft Kielce in Polen ist ein Feuer ausgebrochen, das so schnell um sich griff, daß fast sämtliche Häuser des Dorfes ihm zum Opfer fielen. Etwa 500 Einwohner sind obdachlos.

Dr. Schacht zum Transferproblem

Berlin, 25. 4. Reichsbankpräsident Dr. Schacht stellte einer Wochenschau Ausführungen zum Transferproblem zur Verfügung, in denen er u. a. ausführte.

Tatsache ist, daß jeder deutsche Schuldner in deutscher Währung seine Zinsen und Fälligkeiten in die Konversionskasse prompt entrichtet, so daß

Der militärische Führer des 9. Nov. 1923 Generalkonsul in Schanghai

Oberstleutnant a. D. Kriebel

wurde zum Generalkonsul in Schanghai ernannt. Kriebel hatte 1923 die militärische Führung des Deutschen Kampfbundes inne, zu der damals auch die SA gehörte. Ebenso war er militärischer Führer am 8. und 9. November 1923 und marschierte damals neben Hitler zur Feldherrnhalle. Von 1929 bis 1933 war er Berater der chinesischen Nationalregierung, er gewann in jener Zeit die Kenntnisse, die ihn für sein neues Amt ausersehen sein lassen.

Der Weg zum echten Staat

Papen über Deutschland und ein neues Europa

Rede im Dortmunder Industriellen-Klub

Dortmund, 25. 4. Vizekanzler v. **Papen** sprach heute im Dortmunder Industriellen-Klub. Seine Darlegungen gingen aus von der Feststellung, daß durch die Nachwirkungen der französischen Revolution und durch die Bestrebungen des Marxismus die Voraussetzungen für einen organisch gewachsenen Staat gefallen seien. Ein neuer organisch aufgebauter Staat könne deshalb nur erreicht werden mit Hilfe des heutigen Staates; also nicht von unten wachsen, sondern von oben her entwickelt werden. In die Hände der Staatslenker von heute sei also die Aufgabe gelegt, an Stelle des liberalen Staates wieder den echten Staat zu setzen, der wahre Herrschaft ist und alle Lebensgebiete zusammenfaßt und krönt.

Klar sei, daß der deutsche Sozialismus mit staatlichen Machtmitteln allein nicht gemacht werden könne. Er laufe auf eine

neue Gemeinschaftsgesinnung hinaus, die nur dann echt sei, wenn sie nicht erzwungen werde.

Wenn deshalb der deutsche Sozialismus häufig verstanden werde als die Schaffung und Anwendung staatssozialistischer **Wirtschaftsformen**, so scheine das dem Redner ein Rückfall in liberal-marxistisches Denken.

Wenn man sich über die sozialen Wirren im Gefolge der technisch-industriellen Entwicklung Rechenschaft geben wolle, so müsse man sich immer wieder vor Augen halten, welche Bedeutung der Wegfall des religiösen Grundgefühls, das die vorkapitalistische Zeit beherrschte, für das letzte Jahrhundert gehabt habe. Fühle sich der Mensch als Geschöpf einer Schöpfungsordnung, in die er hineingeboren sei, so werde er nicht versuchen, gottgewollte Bindungen zu sprengen, er werde beispielsweise einsehen, daß die Verschiedenheit der menschlichen Anlagen eine

Einteilung in Führer und Geführte notwendig

mache. Eigentum, das verantwortlich im Sinne der Volksgemeinschaft verwaltet wird, sei noch in den seltensten Fällen geneidet worden. Das Gefühl für soziale Ungerechtigkeit setze erst ein, wenn die Vorteile beansprucht, die Verpflichtungen und Gefahren dagegen auf die Allgemeinheit übergewälzt werden. Das persönliche Risiko auszuschalten, sei aber gerade die bürokratische Wirtschaftsform bestrebt, gleichgültig, ob es sich um einen überbürokratisierten Privattrust oder eine staatssozialistische Kriegsgesellschaft handele. Man müsse sich deshalb

hüten, die Wirtschaft allzu stark zu vergesellschaften,

sei es auf privatem, sei es auf staatlichem Wege. Das letzte Ziel der nationalsozialistischen Revolution auf ökonomischem Gebiet müsse die Schaffung eines **kräftigen Wirtschaftsstandes** sein, der sich nicht nur selbst verwaltet, sondern auch unter der Patronanz des Staates sich die Wirtschaftsgesetzgebung selber gebe. In diesem Zusammenhang wandte sich der Redner gegen überflüssige horizontale Wirtschafts- und Preisbindungen. Wenn beispielsweise der Staat schließlich auch die Preise überall regulieren wollte, dann würde durch die Ausschaltung des selbsttätigen Preismechanismus ohne Zweifel auch das Leistungsprinzip beseitigt.

In einer Zeit aber, wo man die unpersönlichen kollektivistischen Bindungen ersetzen wolle durch freie selbstgewollte, müsse man vor allem auf die seelischen Urkräfte zurückgreifen, die allein solche Bindungen herzustellen vermögen. In deutschen Landen werde gerade heute um diese Dinge heiß und ernst gerungen. Gerade wir Deutsche müßten uns aber dabei

vor dem Erbfehler gegenseitigen Mißtrauens, gegenseitiger Mißachtung hüten,

die niemals verletzender wirke, als wenn wir diesem oder jenem die nationale Zuverlässigkeit bestreiten, auf die wir doch alle den selbstverständlichsten Anspruch hätten.

Schließlich beschäftigte sich der Redner noch mit der Tatsache, daß die verstärkte Betonung des politischen Primats dazu geführt habe, den nationalwirtschaftlichen Gedanken mehr hervorzukehren als früher. Ob es eine Weltwirtschaft im Vorkriegssinne noch geben werde, könne als fraglich gelten. Es sei denkbar, daß der europäische Kontinent immer mehr in die Rolle des absoluten Selbstversorgers hineingedrängt wird. Es bestehe indessen kein Anlaß, diesen Vorgang künstlich zu beschleunigen, solange er Deutschland der Gefahr aussetze, daß dadurch der Lebensstandard des deutschen Volkes stark gedrosselt werde.

Für die Zukunft des deutschen Volkes sei es entscheidend, bei den Neuregelungen, die notwendig geworden seien, gebührend berücksichtigt zu werden. Die innere Voraussetzung für dieses große europäische Spiel um die Neugestaltung sei geschaffen, indem das deutsche Volk sich auf sein Volkstum zurückbesonnen habe und heute ungefährdeter denn je übernational — nicht international — denken dürfe. Aus der deutschen Revolution wachse so die europäische Neugestaltung, die wir in voller Verantwortung für das bedrohte Schicksal unseres Erdteils auf uns zu nehmen bereit seien.